

Wenn Kindern die Sprache fehlt

Kita-Kinder werden auf Deutschkenntnisse getestet – Manche Eltern bekommen in nächster Zeit Post

Von Oliver Glombitza
und Elke Richter

München. Im März und April wird es für so manches Kita-Kind ernst: Erstmals stehen Sprachtests an, die die Staatsregierung im November vergangenen Jahres zur Pflicht erklärt hat. Damit niemand mit zu schlechten Deutschkenntnissen eingeschult wird, werden alle angehenden Vorschulkinder in Bayern auf ihre sprachlichen Fähigkeiten überprüft. Zum Test in den Grundschulen ab dem kommenden Monat müssen aber nur die Kinder, bei denen die Kindertagesstätte Zweifel hat oder Defizite sieht – und diejenigen, die gar nicht in einer Kita sind.

Für ihre Einschätzung hatten die Erzieher in den Kitas bis Ende Januar Zeit, bis Ende Februar werden nun die Termine für den Test vergeben. Schon bisher mussten alle staatlich geförderten Kindertagesstätten im vorletzten Kindergartenjahr den Sprachstand der Kleinen erheben – und bei Bedarf eine Fördermaßnahme wie den „Vorkurs Deutsch 240“ empfehlen. Neu ist jetzt, dass die Grundschulen eineinhalb Jahre vor der Einschulung zusätzlich eine eigene Sprachstandserhebung durchführen müssen.

Wer durchfällt, erhält 240 Stunden Deutschunterricht

Die Eltern erhalten das Ergebnis des Tests innerhalb einer Woche. Hat das Kind einen Sprachförderbedarf, wird es zum Besuch einer Kita mit integriertem Vorkurs verpflichtet. Das heißt: Die Eltern



Mit verpflichtenden Sprachtests will die Staatsregierung sicherstellen, dass keine Kinder mit schlechten Deutschkenntnissen eingeschult werden. Laut einer Studie werden in einer Kita heute im Schnitt sechs Sprachen gesprochen.

– Foto: Strauch, Imago

müssen einen geeigneten Platz suchen und annehmen. Der „Vorkurs Deutsch 240“ wird von den Kitas in Zusammenarbeit mit den Grundschulen durchgeführt und beinhaltet in Summe 240 Stunden Deutschunterricht.

Eine Studie des Deutschen Kita-Leitungskongresses hatte bereits im vergangenen Jahr gezeigt, dass die Kindergärten in Deutschland mit Sprachbarrieren zu kämpfen haben: Bei einer Umfrage unter 3000 Kitaleitungen gaben 63,5 Prozent der Befragten an, dass ihre Betreuer nicht mehr mit allen

Kindern sprechen können. Nicht, weil sie auf den Mund gefallen wären, sondern weil sie einander einfach nicht verstehen: Im Schnitt werden in einem Kindergarten laut der Studie mittlerweile sechs Sprachen gesprochen.

Dennoch ist die Einführung verpflichtender Sprachtests durch die Regierungskoalition aus CSU und Freien Wählern nicht unumstritten. „Allgemein schätzen wir es jedoch als fraglich ein, ob es wirklich notwendig ist, Kinder im Alter von vier bis fünf Jahren in eine Testsituation, in eine ihnen fremde Umgebung mit fremden

Personen zu bringen“, sagt etwa Veronika Lindner im Gespräch mit der Mediengruppe Bayern. Die Vorsitzende des Verbands der bayerischen Kita-Fachkräfte fände es besser, stattdessen Beobachtungen in Kitas durch externe, speziell geschulte Experten durchzuführen, die die Sprache der Kinder im Alltag bewerten.

In eine ähnliche Kerbe schlägt auch die bayerische Fraktion des Grundschulverbands. Zwar befürwortete man die individuelle Förderung von Kindern und eine verstärkte Sprachförderung im Vor-

schulalter, erklärt Verbandschefin Konstanze von Unold. „Wir bezweifeln jedoch, ob die aufwendige Organisation und eine für Kinder fremdartige Diagnostik bei ihnen unbekanntem Umfeld das Ziel rechtfertigt, allen Kindern eine für den Schulerfolg hilfreiche Sprachförderung zu bieten“, gibt die Grundschulrektorin aber zu bedenken.

Kurzfristigkeit sorgt teilweise für Probleme

Anders sieht das Benjamin Tadjedini, Vorstandsvorsitzender des Dachverbands Bayerischer Träger für Kindertageseinrichtungen. „Ich befürworte die Maßnahme. Wenn man bedenkt, welche Probleme wir mit der Sprachförderung haben, dann ist das auch notwendig.“ Als Kita-Betreiber wolle man schließlich nicht nur betreuen, sondern auch bilden. Er lobt zudem die bürokratischen Abläufe. „Es ist nicht besonders viel Mehraufwand, weil alles gut organisiert wurde.“

Hier widersprechen allerdings sowohl Lindner als auch von Unold. Während die Kita-Verbandschefin beklagt, dass „die Kommunikation von Seiten des Ministeriums leider nicht zeitnah und ausführlich genug verlief“, meint die Grundschulleiterin, „dass die Anschreiben an alle Eltern der vierjährigen Kinder wegen ungeeigneter Datentransfers zwischen Gemeinde und Schule sehr zeitaufwendig sind, hohe Porto- und Druckkosten verursachen und zu kurzfristig kommuniziert wurden.“

– mgb/lby